

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1,50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 35 Pfg. für die 6 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 46

Sonntag, den 14. November

1915

Einberufung des Reichstages.

Endlich ertönt von verschiedenen Seiten der Ruf nach schneller Einberufung des Reichstages, der eine Regelung der Volksernährung in die Hand nehmen soll. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat formell beim Reichskanzler den Antrag gestellt, unverzüglich die Einberufung vorzunehmen, weil die Lebensmittelteuerung und der Belagerungszustand eine schleunige Erörterung erheischen.

Das Berliner Tageblatt meint, man müsse warten, bis die Regierung „ihren ganzen Köcher von Bestimmungen zur Regelung der Volksernährung verschossen hat, ehe man an eine grundsätzliche Kritik dieser Maßnahmen herangehen kann“, da ja nur ein Teil der Verfügungen erst bekannt sei, die noch beabsichtigt seien. Wenn man diesem Ratsschlag nachgehen wollte, dann brauchte der Reichstag überhaupt nicht einberufen zu werden, denn dann würde die Regierung jede Woche einige neue Verfügungen produzieren. Nein, was jetzt schon an neuen Verfügungen bekannt und in Kraft getreten ist, genügt, um herbe Kritik daran üben zu können und andere Maßnahmen zu verlangen resp. durch den Reichstag zu treffen. Was allein die Verordnungen über Fleisch und Fett für Verwirrung angerichtet haben, wurde in den ersten Tagen klar. Daß sie ungenügend, unwirksam und irreführend sein mußten, war für Kenner der wirtschaftlichen Verhältnisse klar, als sie den Wortlaut kannten. Die sogenannten fleischlosen Tage sind zu einem Spott- und Hohnwort geworden, wie die Anordnung selbst geradezu in der arbeitenden Bevölkerung als ein Hohn auf ihre Hungerlage aufgefaßt worden ist. Solche Verordnungen sind kein Wunder, wenn sie in bestimmten Kreisen die Meinung vorherrscht, durch hohe Höchstpreise könne die Bevölkerung zu sparsamerer Verwendung von Lebensmitteln angehalten werden. In richtiges Deutsch übersetzt wäre dies eine Reglementierung zur Gewöhnung des Hungers. Nun sind aber doch so viel Lebensmittel vorhanden, daß alle sich satt essen könnten, wenn nicht durch die wucherische Preistreiberei alle Lebensmittel so verteuert wären, daß eben ein Teil nicht gekauft werden kann, weil bei den minderbesitzenden Klassen das Einkommen dazu nicht ausreicht. Die Reichen können sich ja kaufen, so viel sie wollen, auf die wirkt diese sonderbare Anhaltung zur Sparsamkeit nicht im mindesten. Das ist's, was im Volk ingrimmig empfunden wird und aufreizt.

Gegen diese Methode der Lebensmittelverteuerung soll nun endlich der Reichstag, der sich in der Budgetkommission bisher mit schönen Reden und Zusagen, die sich nicht erfüllen, von der Regierung abspießen ließ, selbst eingreifen. Dazu braucht er keine Wartezeit mehr, denn diese „Fürsorge“ der Regierung für die Volksernährung waltet weiter, wie eben die neuesten Verordnungen teilweise bestätigen. Außerdem drängt das Volk in seinem berechtigten Unwillen dahin, daß nun seine gesetzgeberische Vertretung eingreift und der Not, wie dem sie erzeugenden Wucher und der Preistreiberei ein Ende macht.

Die Regierung verwahrt sich gegen die ihr mehrfach gemachten Vorwürfe, daß sie den agrarischen Einflüssen nachgebe und darüber die Interessen der übrigen Volksklassen in den Hintergrund geraten lasse. So lange sie aber mit ihren Verordnungen keine wirksamen Maßnahmen trifft, die den agrarischen Preistreibern, wie auch den industriellen und kommerziellen, Einhalt gebieten, wird sie die Vorwürfe nicht entkräften können. Denn immer von neuem wird die Frage aufgeworfen: Warum geht dem die Regierung nicht auf die erfolgversprechenden Vorschläge ein, die ihr vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei und der Generalkommission der Gewerkschaften wiederholt unterbreitet worden sind? Die glatte Nichtbeachtung derselben muß auffällig wirken, während jeder sieht, daß anders nichts auszurichten ist gegen die verbrecherische Ausbeutung des Volkes aus purer Profitgier.

So bleibt denn nichts übrig, als daß die ausgepörrten Volksmassen zusammenstehen wie ein Mann und die Forderung unterstützen: Sofortige Einberufung des Reichstages!

Verstärkt dann der Reichstag wieder, läßt er sich abermals mit schönen Reden abspießen und wütet dann die Lebensmittelteuerung weiter, dann mögen die herrschenden Klassen allein die Verantwortung für die Zustände, und was aus ihnen folgt, tragen. Für seine Selbsterhaltung wird das Volk energig eintreten gegenüber einer Politik, die seine Lebens- und Verteidigungskraft schwächt, während seine Söhne und Brüder in blutigen Kämpfen für das eigene Land das Leben in die Schanze schlagen müssen.

Durchgreifende Maßnahmen zur Nahrungsmittelversorgung und sofortige Beilegung der Mißstände, die durch die Preistreiberei entstanden sind, ist die elementare

Forderung, deren Nichtberücksichtigung Unfrieden im Lande stiftet. Alle Schuld dafür fällt jetzt auf die Regierung.

Vorstehendes war bereits geschrieben, als die Regierung durch W.D. verbreiten ließ, der Reichskanzler werde dem Kaiser die sofortige Einberufung nicht empfehlen. Unter den nicht stichhaltigen Gründen wird auch angeführt, daß die sofortige Einberufung keinen Zusammentritt kaum mehr als eine Woche beschleunigen werde. Das ist ebenfalls nicht zutreffend, nur kommt es auf die Frigideität an. Beim Ausbruch des Krieges ging z. B. die Einberufung sehr, sehr schnell vonstatten. Warum sollte es jetzt nicht auch gehen? Wahrscheinlich wird im Reichstage auf die Ablehnung der Einberufung näher eingegangen werden.

Die Handwerker und der Krieg.

Zweifellos leiden neben den Arbeitern die Mittelstandskreise, zu denen die Handwerker gerechnet werden, am meisten durch den Krieg. Eine große Zahl selbständiger Existenzen wird durch ihn unbarmherzig vernichtet. Nicht der Tod allein rafft sie dahin, zahlreiche kleine Geschäfte werden beseitigt, wenn auch der Inhaber unverfehrt vom Kriegsdienst zurückkehrt. Viele der Zurückkehrenden sind durch den Krieg ihrer Kundschafte beraubt worden, oder das Geschäft ist so verschuldet, daß die Auflösung unvermeidlich ist.

Für diejenigen aus dem Felde Zurückkehrenden aber, die den Kampf um ihre Selbständigkeit neu aufnehmen wollen, jedoch mittellos sind und darum mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen haben, will der Hansabund eine besondere Fürsorge eingerichtet wissen. Zu dem Zweck berief er eine „Hansabund-Konferenz für das deutsche Handwerk“, die jüngst tagte. Eine Anzahl Obermeister und Innungsmitglieder nahmen daran teil. Schließlich wurde folgende Resolution angenommen:

Die vom Hansabund einberufene Kriegskonferenz für das deutsche Handwerk erklärt:

Die Fürsorge für die aus dem Felde zurückkehrenden Handwerker, deren Betrieb während des Krieges geschlossen war oder erheblich geschädigt worden ist, erscheint als dringlich, um wertvolle Teile des Mittelstandes in ihrer sozialen Stellung zu erhalten.

Die Fürsorge darf nicht den Charakter einer Wohltätigkeitsaktion haben.

Sie muß in erster Linie in Beschaffung von Arbeitsgelegenheit bestehen, die zu gewahren vornehmlich auch Aufgabe des Reichs, der Bundesstaaten und der Kommunen sein wird. Diese Aufgabe wird zweckmäßig unter Mitwirkung der Organisationsstellen des Handwerks (Handwerkstammern, Innungen und Verbände) gelöst werden.

Zusätzlich werden aber Reich, Staat und Kommunalverbände auch Geldmittel zur Verfügung stellen müssen. Insbesondere wird die Abbildung der während des Krieges aufgelaufenen Schulden durch landstrafliche, gering verzinsliche oder zinslose Darlehen aus öffentlichen Mitteln zu erleichtern sein, ebenso werden den zurückkehrenden Handwerksmeistern unter wohlwollender Prüfung jedes einzelnen Falles Betriebskredite zu gewähren sein.

Die Heranziehung der Genossenschaften, insbesondere auch der Kriegskreditkassen für den deutschen Mittelstand (G. m. B. H.) zu der Durchführung dieser Hilfsaktion wird empfohlen.

In der Debatte hoben die vertretenen Handwerker als wichtigstes Hilfsmittel die Beschaffung von Arbeit hervor. Dagegen wurde eingewendet, daß das wohl für eine Anzahl von Branchen möglich sei, aber für andere nicht, wie z. B. für Hotelbesitzer und Gastwirte, für Barbier, Bäcker, Fleischer und alle, die für des Lebens Nahrung und Notdurft sorgen.

Ein Redner stellte sich die Arbeitsbeschaffung so vor: Die Städte und der Staat sollten, soweit nur möglich, davon absehen, handwerksmäßige Arbeit in eigener Regie auszuführen, zumal sie in der Regel teurer sei, als wenn sie von Handwerkern ausgeführt würde. Der Abjag 3 der Resolution stellt nun auch eine entsprechende Forderung. Wie es aber um die Ausführung stehen wird, können wir uns schon jetzt denken.

Viele Gemeinden sind selbst durch den Krieg verschuldet und werden nach dem Kriege sehr sparsam wirtschaften müssen, um ihren Haushalt intakt zu halten. Den Arbeitern gegenüber machen sie schon jetzt diese Lage als Grund geltend für die Weigerung, eine Arbeitslosenunterstützung einzurichten. Wir machen hier darauf aufmerksam, daß eine Arbeitslosenunterstützung aus von vielen kleinen Handwerkern in Anspruch genommen werden wird, die nach dem Kriege jubitzenzlos sind. Denn der Auffassung geben wir uns nicht hin, daß allen geschädigten kleinen Handwerkern etwa vom Staate usw. die Wiedereröffnung selbständiger Geschäfte garantiert werde.

Wie der Kapitalismus sich die Situation während des Krieges zunutze macht und bei fortschreitender Technik immer mehr handwerksmäßige Arbeit an sich zieht, so wird die Entwicklung nach dem Kriege ihm immer mehr in die Hände arbeiten.

Die Resolution spricht sich vorzichtigerweise nur davon, daß man bestrebt sein müsse, „wertvolle Teile

des Mittelstandes in ihrer sozialen Stellung zu erhalten“. Man weiß im Hansabund nur zu gut, daß die kapitalistische Entwicklung und Wirtschaft auch dem Handwerk „das Brot gebrochen hat. Die Arbeitermassen erhalten ständige Zusucht aus Handwerkerkreisen. Die Großindustrie, die eben das Handwerk dezimiert, macht sich die Schiffbrüchigen als Arbeiter tributpflichtig. Und es wird immer fragwürdiger, wie groß wohl der „wertvolle Teil“ sein wird, der in seiner „sozialen Stellung“, d. h. als selbständiger Gewerbetreibender erhalten bleibt.

Regelung der Milch- und Schweinefleischpreise.

Der Bundesrat hat nunmehr eine Verordnung über die Milchpreise und den Milchverbrauch erlassen. Danach sind Gemeinden berechtigt, Höchstpreise für Milch beim Verkauf durch den Erzeuger, sowie im Groß- und Kleinhandel festzusetzen. Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern sind zur Festsetzung von Höchstpreisen im Kleinhandel verpflichtet worden. Für die Festsetzung ist die Zustimmung der Landeszentralbehörde nötig. Der Reichskanzler kann allgemeine Anordnungen über die oberen Grenzen der Festsetzungen treffen. Den Gemeinden ist ferner die Pflicht auferlegt worden, die nötige Milch für die Versorgung von Kindern, Kranken und kranken Müttern sicherzustellen. Sie können das durch Einrichtung eigener Verkaufsstellen, durch Vereinbarung mit Landwirten und Milchhändlern, durch Ausgabe von Bezugsberechtigungen (Milchkarten), durch Regelung des Milchverkaufs zu bestimmten Stunden oder sonst in geeigneter Weise tun.

Ferner hat der Bundesrat durch eine Verordnung die Preise für Schlachtschweine und Schweinefleisch geregelt und zwar hat er hier die Höchstpreise auf den Hauptmärkten für Schlachtschweine festgesetzt und einen Höchstzuschlag für Schweinefleisch und frisches Fett bei der Abgabe an den Verbraucher festgelegt. Die Höchstpreise für Schlachtschweine betragen danach für Berlin auf 50 Kilogramm Lebendgewicht bei Schweinen im Lebendgewicht unter 60 Kilogramm 70 M., von 60 bis 80 Kilogramm 85 M., von 80 bis 100 Kilogramm 100 M.; bei Sauen 95 M.; bei Schweinen mit höherem Schlachtgewicht ist eine entsprechend erhöhte Staffelung der Preise vorgesehen, um durch die zunehmende Spannung die Auszucht des Fettschweins zu begünstigen. Der Höchstpreis für das Pfund frischen Schweinefleisch wird in Berlin 1,40 M., für das Pfund frischen Fetts 1,80 M. betragen. Da der Schlachtschweinepreis nach dem Lebendgewicht bestimmt werden mußte, so dürfen jetzt Schweine im allgemeinen nur nach Lebendgewicht behandelt werden. Es sind weiterhin Bestimmungen getroffen, die den Behörden das Recht geben, den Markt und die Zufuhr frischen Schweinefleischs von außerhalb zu regeln sowie die vorhandenen Schweinebestände auf die Schlächter zu verteilen.

Endlich ist den Gemeinden das Recht gegeben, die Ueberlassung nach Marktschluß unverkäuflich bleibender Schweine zu einem 5 M niedrigeren Preise als dem Höchstpreise zu verlangen.

Schließlich hat der Bundesrat seine Verordnung vom 25. September 1915 über Preisprüfstellen und Versorgungsregelung, soweit sie die Versorgungsregelung betrifft, erheblich erweitert. Während die bisherige Fassung den Behörden und Gemeinden Befugnisse zur Einwirkung nur gegenüber dem Handel und dem Gewerbe gab, steht ihnen diese Einwirkung nunmehr auch auf Erzeuger und Hersteller des notwendigen Lebensbedarfs — z. B. Molkereien — zu. Weiterhin gibt die Verordnung den einzelnen Regierungen die Möglichkeit, Erzeuger und Hersteller sowie Händler zwangsweise zu Versorgungsverbänden zusammenzuschließen. Danach können beispielsweise Landwirte eines größeren Gebiets zur Milch- und Fleischversorgung, Molkereien zur Butterversorgung einer Großstadt, Händler zur Kartoffelversorgung eines Industriegebietes zusammengeschlossen werden.

25 Jahre deutsche Gewerkschaftsbewegung.

Siegreich bricht sich Bahn, was eine innere Berechtigung des Bestehens und der Entwicklung hat. Das trifft vor allem auf die deutsche Gewerkschaftsbewegung zu. Schon in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zeigten sich bedeutende Ansätze gewerkschaftlicher Tätigkeit. Die Arbeiter, zunächst nur wenige, hatten eingesehen, daß es notwendig sei, die Lage der Arbeiterchaft zu heben, sie wirtschaftlich und geistig emporzubringen, um den Kampf um die höchsten Menschheitsziele mit Nachdruck und Erfolg

führen zu können. Lange Jahre hat die deutsche Gewerkschaftsbewegung unter der Arbeiterchaft, auch jener, die bereits am politischen Leben teilnahm, um Anerkennung ringen müssen; heute wird doch im allgemeinen von der Arbeiterchaft die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes nicht mehr bestritten. Selbst die Millionen und noch fernstehenden Arbeiter und Arbeiterinnen erkennen sehr wohl den Wert der Gewerkschaften, nur daß sie sich noch nicht zu der Erkenntnis durchgerungen haben, daß man nicht nur zu den Ersten, sondern auch zu den Letzten der Kapitalismus ist, nicht nur der Vater des Sozialismus, sondern auch unserer modernen Gewerkschaftsbewegung. So hat denn auch das Einsetzen einer stärkeren kapitalistischen Entwicklung regelmäßig ein stärkeres Wachstum der Gewerkschaftsbewegung im Gefolge. Die riesige kapitalistische Konzentration, die auf der anderen Seite ihren Ausdruck in der rapiden Vergrößerung der Lohnarbeiterheere findet, ist das Signum unserer Zeit. Wie sehr diese Konzentration in dem letzten Vierteljahrhundert vor sich gegangen ist, zeigt uns eben die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung der letzten 25 Jahre.

Schon in den Jahren vor dem Sozialistengesetz sehen wir die Macht der Gewerkschaften, die sich bereits eine Anzahl Zentralverbände geschaffen hatte (darunter auch die Tabakarbeiter), wesentlich erstarken; wir dürfen mit Zug und Recht behaupten, daß es nicht zum wenigsten gerade die Erfolge der Gewerkschaftsbewegung waren, die Bismarck und seinen Hintermännern die innere Veranlassung gaben, ein Gesetz zur Hinderung dieser Erfolge durchzuführen. Er wollte den Kapitalismus mit dem Sozialistengesetz retten. Das ist ihm vorbeigekommen, wie denn gegen die Entwicklung der Arbeiterbewegung bisher kein Kraut gewachsen ist und auch künftig keins wachsen wird. Vorläufig gelang es freilich, nicht nur die sozialdemokratische Partei, gegen die sich das Gesetz, wenigstens der Begründung nach, richten sollte, in ihrem Wachsen aufzuhalten, sondern auch der Gewerkschaftsbewegung behinderlich zu sein. Im ersten Anstich wurden 17 Zentralverbände und 62 lokale Organisationen aufgelöst. Doch: die Form kann zerbrochen werden, die Bewegung nimmermehr. Das hat sich im Laufe der Weltgeschichte nun schon so oft gezeigt, es wird sich wohl auch in der Zukunft noch häufig zeigen. Schon unter dem Sozialistengesetz gewann die Gewerkschaftsbewegung die Kraft, die schweren Schläge zu überwinden. Als das Sozialistengesetz nach zwölfjährigem Bestehen klaglos zu Grabe getragen wurde, trug die deutsche Gewerkschaftsbewegung ebenso wie die Sozialdemokratie den Kopf höher als wie je zuvor. Das war am 31. Oktober 1890. Bereits am 17. November 1890 wurde in einer in Berlin tagenden Gewerkschaftskongress die Generalkommission eingesezt und damit der äußere Aufbau für die fernere Arbeit der Gewerkschaften errichtet. Wir dürfen gleichzeitig sagen, daß damit auch die Form der Gewerkschaften insofern entschieden war, als das Zentralitätsprinzip zur allgemeinen Anerkennung kam.

Aber es gab auch unter denen, die in der Sozialdemokratie die politischen Interessen der Arbeiter vertraten, noch manchen Zweifler an der Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Interessenvertretung der Arbeiter durch die Gewerkschaften und ihr können uns manches harte Straußes, selbst noch aus späterer Zeit, entfallen, den die Anschauungen gegeneinander führten. Es mag vielleicht heute noch einzelne unter uns geben, die den Gewerkschaften nur als Vorhülle der Partei die Existenzberechtigung zuerkennen. Doch die Tatsachen reden eine eherne Sprache, weshalb auch diese Auffassung nur als Epizode in der Geschichte der Arbeiterbewegung noch Bedeutung haben kann. Die Lebenshaltung der Arbeiterchaft zu verbessern, wo und wie es nötig und möglich ist, das ist, worauf das Bestehen der Gewerkschaftsbewegung sich gründet; bei der Erfüllung dieser Aufgabe hatten natürlich unzählige Einzelfragen der Bearbeitung, und täglich kommen neue hinzu. Das schließt nicht aus, daß auch der gewerkschaftlich kämpfende Arbeiter außerdem noch eine grundsätzliche Stellung gegenüber dem heutigen Wirtschaftssystem einnimmt und eine bessere Gesellschaftsform erstrebt. Ja, wenn die Gewerkschaftsbewegung erst einmal den Arbeiter gepackt und ihn zum Nachdenken über wirtschaftliche Fragen gebracht hat, so wird sich bald auch sein politischer Horizont weiten, er wird sich gegenüber dem Kapitalismus entscheiden müssen.

Im Jahre 1892 tagte dann in Halberstadt der erste Gewerkschaftskongress; 208 Delegierte vertraten 303 519 freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter. Die Zahl der damals organisierten Arbeiter mag uns heute klein erscheinen, dennoch stand in ihr bereits eine gewaltige Kraft. Es galt vor allem, auf diesem Kongress über die Einrichtung der Generalkommission zu verhandeln. Es fehlte nicht an Stimmen, die sich gegen die Zusammenfassung der deutschen Gewerkschaftsbewegung in einer solchen Spitze wehrten. Vergeblich. Die Notwendigkeit organisatorischer Kraft gebot in gewissen Fragen und bei besonderen Gelegenheiten ein Zusammenwirken. So wurde denn neben der Selbständigkeit der zentralen Verbandsorganisationen die Generalkommission als verbindendes Glied anerkannt. Heute sind wir wohl der Meinung, daß es gar nicht anders sein kann. Wir glauben auch alle Ursache zu dem Bestehen zu haben, daß die Generalkommission der deutschen Gewerkschaftsbewegung Führer und Helfer in ihrem schwereren Ringen in einer Weise gewesen ist, die ihr Achtung und hohes Ansehen in den deutschen Gewerkschaften eingetragen hat. Auf dem letzten Gewerkschaftskongress in München, 1914, vertraten 498 Delegierte 2 506 251 freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen. Von Halberstadt bis München, welsch ein Schritt. Was sich an Willen, Kraft und Tätigkeit im Interesse der Arbeiterchaft in diesen zweieinhalb Millionen Arbeitern und Arbeiterinnen ausdrückt, kann nicht beschrieben werden. Aber Willen, Kraft und Tätigkeit zweifelsprechenden Ausdruck zu geben, ist ein Niezuweilen. Daß alle daran mitgearbeitet haben und immer mitarbeiten werden, der letzte Arbeiter und die letzte Arbeiterin, führt uns den Erfolg. Jeder soll leisten, was er kann, in unser Grundgesetz, und da dürfen wir wohl sagen, daß die vor nunmehr fünfundsiebenzig Jahren eingesezte Generalkommission keine verfehlte Ein-

richtung war, daß sie ihre Aufgaben in vollem Maße erfüllt und ganz ihre Schuldigkeit getan hat. Dasselbe dürfen wir auch von ihren einzelnen Mitgliedern, insbesondere von ihrem Vorsitzenden, dem Genossen Karl Legien, sagen, der vom Bestehen dieser Körperschaft an die Leitung führt.

Die Aufgaben und Arbeiten der Generalkommission sind im Laufe der Jahre so vielseitig geworden, daß es gewiß interessant wäre, den Werdegang von diesem Gesichtspunkt aus einmal zu verfolgen; aber die Last der Verantwortung ist damit und natürlich mit der Stärke und Macht der ganzen Bewegung ebenfalls größer geworden. Ohne Zweifel stehen der deutschen Gewerkschaftsbewegung gerade in der nächsten Zukunft große Fragen zur Erledigung bevor. Schon hat der Krieg sie vor Aufgaben gestellt, die zu bewältigen nicht leicht wird. Das trifft nicht nur zu in bezug auf die Lösung wichtiger durch die Verhältnisse gegebener Fragen einer vernünftigen Volksernährung und was sonst noch mit dem Krieg zusammenhängt, jetzt oder später, sondern es bezieht sich auch auf die innere Ausgestaltung der Bewegung. Es war unseren Gewerkschaften möglich, von Kriegsbeginn an bis zum 31. Juli 1915 21 578 506 \mathcal{M} Arbeitslosenunterstützung und 10 421 584 \mathcal{M} zur Unterstützung an die Kriegerfamilien zu zahlen, und zwar trotz geringerer Einnahmen und neben den übrigen laufenden Ausgaben. Das sind Leistungen, die sich vor dem Kriege niemand hat träumen lassen. Was uns aber für die Zukunft bevorsteht, was wir künftig leisten müssen zur Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter, der Lebenshaltung, die durch den Krieg so arg heruntergedrückt wird, das ahnen wir vorläufig nur. Wenn wir aber auf die letzten 25 Jahre deutscher Gewerkschaftsbewegung zurückblicken, so sind wir sicher, daß sie leisten wird, was im Interesse der Arbeiterschaft geleistet werden muß.

Es ist jetzt keine Zeit, Jubiläen zu feiern. Ueber eine Million unserer Gewerkschaftsgenossen steht an der Front, unzählige haben Leben und Gesundheit geben müssen, wir sind erschüttert und unsere Weienen sind ernst, doch soll uns der Gedanke unserer Gewerkschaftsbewegung veranlassen, das heilige Gelübde abzulegen, jetzt und immerdar zusammenzustehen in dem unerschütterlichen Bestreben, nicht nur zu halten, was wir haben, sondern mit Hilfe unserer Organisation zu erkämpfen, was uns nötig ist. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung wird nicht nur sein und bleiben, sie wird an Macht und Größe aufwärts steigen.

Bewilligte Lohn- und Teuerungszulagen in der Tabakindustrie.

- Wandsbek.** Die Firma D. Perison erhöhte die Löhne für alle Sorten um 1 \mathcal{M} pro Mille.
- Hainstadt.** Die Firma J. M. Kopp gewährte ihren Arbeitern und Arbeiterinnen eine fünfprozentige Teuerungszulage.
- Klein-Krohenburg.** Die Firma J. M. Kopp gewährte ihren Arbeitern und Arbeiterinnen eine fünfprozentige Lohnzulage.
- Stuttgart u. Umg.** Die Firma E. Kreglinger in Berg, die bereits im Dezember 1914 die Löhne bis zu 10 \mathcal{M} pro Mille um 30, 40 und 50 \mathcal{S} pro Mille erhöhte, zahlte dazu eine Teuerungszulage von 80 \mathcal{S} für Arbeiter, 50 \mathcal{S} für Arbeiterinnen und 30 \mathcal{S} für Tagelöhner pro Woche. Für Ueberarbeit wird ein 20prozentiger Lohnaufschlag bezahlt.
- Leipzig.** Die Firma S. Hasche, welche bereits eine zehnprozentige Teuerungszulage zahlte, erklärte sich bereit, eine weitere fünfprozentige Teuerungszulage für die zehn Wochen vor Weihnachten zu zahlen. Letztere Zulage kommt im Gesamtbetrage in der Woche vor Weihnachten zur Auszahlung. Die hier gewährte Zulage hat Gültigkeit auch für die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Filialfabriken.
- Waldheim.** Die Firma Alb. Burdhardt (Eich Gera-Debschütz) erhöhte die Löhne um 50 \mathcal{S} pro Mille. Die Firma Th. Markowitsch u. Komp., Inh. R. Hofmann, gewährte ihren Arbeitern eine dreiprozentige Teuerungszulage.
- Ulm.** Die Firma Martin Brinkmann (Eich Bremen) erhöhte die Sortierlöhne für sortierte Zigarren um 5 \mathcal{S} bei $\frac{1}{10}$ Packung und 10 \mathcal{S} bei $\frac{1}{20}$ Packung. Die Löhne für Kistenbefeher wurden von 2,20 auf 2,30 \mathcal{M} pro 100 Kisten erhöht.
- Warzen (Sa.).** Die Firma Wilh. Hartenstein erhöhte die bereits gewährte Teuerungszulage von 3 auf 5 Prozent. Dazu erhöhte die Firma im Laufe des Jahres die Löhne um 40 bis 80 \mathcal{S} pro Mille, indem sie sich bereit erklärte, die Einlage entrippt zu liefern; in den Fällen, wo die Einlage selbst entrippt werden muß, zahlte die Firma einen Lohnaufschlag von 6 \mathcal{S} pro Pfund. Außerdem hat die Firma beim Inventurabschluss am 1. Juli d. J. eine einmalige Teuerungszulage von 15 \mathcal{M} für Zigarrenmacher, 10 \mathcal{M} für Wickelmacher und 3 bis 6 \mathcal{M} für Lehrlinge bezahlt.

Ein Vorschlag zur Tabakbesteuerung.

Zu Nr. 132 der Südd. Tabakzeitung, vom 4. November 1915, macht in der Voraussezung einer kommenden Erhöhung der Tabaksteuerung ein mitteldeutscher Fabrikant den Vorschlag einer Lizenzabgabe. Die Südd. Tabakzeitung enthält sich jeder Kritik des Vorschlages. Wir wollen erklären, daß wir mit dieser Form der Besteuerung ebenso wenig einverstanden sind wie mit der Besteuerung und glauben auch nicht, daß in Fabrikanten- und Händlerkreisen Sympathie dafür zu finden sein wird. Der mitteldeutsche Fabrikant schreibt:

Mit großem Interesse habe ich in den Nr. 121 und 122 Ihrer schätzten Zeitung die Artikel über die verschiedenen Steuerarten gelesen.

Was besonders haben mich Ihre Ausführungen in Nr. 121 interessiert und das ist die wohl dahin zusammenfassende, daß auch nach Ihrer Meinung ein weiterer Ausbau des jetzigen Systems, der

auch eine Erhöhung der Besteuerung in sich schließen würde, unter allen Umständen zu vermeiden sein muß, wenn man nicht die große Zahl der mittleren und kleineren Betriebe wirtschaftlich ruinieren und sie eines langsame Todes sterben lassen will.

Sie haben sehr richtig ausgeführt, daß die Großbetriebe, die in der Lage sind, geschlossene Partien kaufen zu können, schon dadurch gegenüber den mittleren und kleineren Fabrikanten einen erheblichen Vorteil haben, der von Staatswegen noch mit einer Prämie von 40 Prozent bedacht wird.

Wir wurde gesagt, es käme vor, daß Fabrikanten, die geschlossene Partien Sumatras in der Einschreibung erworben hätten, die eine oder andere Sortierung mit Gewinn verlaufen und von den restlichen Sortierungen dann den beim Verkauf erzielten Gewinn abschrieben, um die Besteuerung heruntorzubraden.

Wenn man rechnerisch diesen Vorteil feststellen soll, so glaube ich nicht zu weit zu gehen, wenn ich denselben, beispielsweise bei einer Zehnprozent-Zigarre, auf annähernd 3 \mathcal{M} pro Mille beziffere. Diese 3 \mathcal{M} verbietet der mittlere und kleinere Fabrikant weniger, wenn er die gleiche Ware liefern will, wie der Großfabrikant, und das muß er tun, da er sonst die zahlungsfähige Kundschaft verliert.

Der beste Beweis für die Nichtigkeit dieser Behauptung liegt in der offenkundigen Tatsache, daß wohl die meisten mittleren und kleineren Fabrikanten in den Jahren nach der letzten Steuererhöhung schlecht abgeschnitten haben, was jedenfalls bei den Großbetrieben nicht der Fall gewesen ist, wenn man als Beweis dafür die Dividende der wenigen Aktiengesellschaften in unserer Branche annehmen darf.

Wer demnach einem weiteren Ausbau des jetzigen Systems das Wort redet, vertritt lediglich das Interesse der Großbetriebe. Ich glaube, es muß mal offen ausgesprochen werden, daß weitläufig die größte Zahl der Fabrikanten lieber das Monopol steht, als eine Erhöhung der Besteuerung, bei der sie allmählich aber sicher zu Grunde geht.

Bei einer Neuregelung der Tabaksteuer muß die Besteuerung ganz fallen. Bei jeder Steuer soll der erste sozialpolitische Grundsatz sein, die schwächeren und weniger leistungsfähigen Schultern zu stützen, gegenüber den stärkeren; aber nicht, ihnen mehr aufzuladen, wie es jetzt der Fall ist, und wie es bei einer weiteren Erhöhung der Besteuerung noch mehr eintreten würde.

In Ihrem zweiten Artikel ist dann von einer Vandenrolen- und Fakturensteuer die Rede, und wenn ich zwischen diesen beiden Systemen wählen muß, würde ich mich unbedingt für das letztere entscheiden.

Eine Vandenrolensteuer, bei der nach früheren Vorschlägen die Steuerzeichen durch den Stempel des Fabrikanten zu entwerfen sind, kann m. E. nach Ihren Ausführungen hierüber nicht in Frage kommen.

Gestatten Sie mir, eine andere Art der Besteuerung anzudeuten und zwar eine Erlaubnissteuer, oder wie man früher wohl sagte, eine Lizenzsteuer, neben einem erhöhten Gewichtszoll.

Es müßte jeder, der Tabakfabrikate herstellt, über damit oder mit Rohabak handelt, eine jährliche Abgabe bezahlen. Die Höhe dieser Abgabe müßte sich richten nach dem Umsatz, aber m. E. bei den Rohabakhändlern, den Fabrikanten und den Händlern mit Fabrikaten zweckmäßig vertheilt werden sein.

Eine solche Steuer schließt eine Bevorzugung aus und verteilt die aufzubringenden Summen gleichmäßig nach der Leistungsfähigkeit.

Dieses System würde auch eine Gesundung unserer ganzen Branche herbeiführen, ganz besonders für die Händler mit Tabakfabrikaten, und dadurch auch indirekt für die Fabrikation.

Der Kleinverkauf würde mehr zentralisiert werden (Gerade diese Zentralisation erscheint uns bedenklich, Vbe: Großhändler). Die Redaktion der „Südd. Tabakztg.“, die vielen Geschäfte, die unter der Hand gemacht werden, durch Privatpersonen, Angestellte größerer Betriebe, pensionierte Beamte usw., führen auf. Ebenso würde eine Reihe von Leuten, die jetzt Tabakfabrikate als ganz unbedeutenden Nebenartikel führen, den weiteren Verkauf einstellen.

In jedem einzelnen Falle würde die Schwämmerung des Verdienstes eine ganz unbedeutende sein, aber zusammengenommen würde der Mehrverkauf, der dadurch den bestehenden Geschäften zugeführt würde, doch ins Gewicht fallen.

Auf weitere Einzelheiten möchte ich mich zunächst nicht einlassen, will aber noch hervorheben, daß der Ausführender besonders hoher Schwermigkeit m. E. nicht entgegenstehen können. Wo der Wille vorhanden ist, wird auch ein Weg gefunden.

Zur Erhöhung der Zigarrenpreise.

Am 23. Oktober fand eine Hauptversammlung des Westfälischen Tabakvereins statt. Es wurde dort über mehrere Anträge, die Zigarrenpreise gemeinshaftlich und prozentual zu erhöhen, verhandelt. Es wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Die heutige, zahlreich besuchte Hauptversammlung des Westfälischen Tabakvereins stellt einmütig fest, daß die bisher von den Zigarrenfabrikanten durchgeführten Preiserhöhungen der Steigerung der Herstellungskosten keineswegs entsprechend gefolgt sind, daß angesichts der ständig steigenden Preise für Rohabak und aller zur Zigarrenfabrikation notwendigen Materialien eine weitere Erhöhung der Verkaufspreise unumgänglich notwendig ist.“

Die Verdrängung der Handarbeit durch die Zigarettenmaschine.

Schon seit einigen Jahren kann man die Beobachtung machen, daß die Handarbeit in der Zigarettenbranche durch die Maschinenarbeit immer mehr verdrängt wird. Diese Umwälzung hat sich in der letzten Zeit, während des Jahres 1914 bis jetzt, in Dresden mit unheimlicher Schnelligkeit vollzogen. Es scheint, als wenn die letzte Wirtschaftskrise und der Krieg die Unternehmer in der Zigarettenbranche erst recht mit aller Macht veranlaßt hat, nach einer wesentlichen Verbilligung der Produktionsmittel hinzuarbeiten. Eine gründliche Vorbedingung haben jedenfalls die in den letzten Jahren stattgefundenen wilden Konkurrenzkämpfe in der gesamten Zigarettenbranche gegeben.

In solchen Betrieben, wo sonst eine größere Anzahl von Zigarettenarbeiterinnen beschäftigt wurde, wird sich selbstredend der Umschwung am schlimmsten äußern. Wir wollen hier einige Beispiele anführen, welche das Bild in krafter Weise beleuchten. Nach einer Statistik über die Zahl der Arbeiter, wie wir sie im Jahre 1913 für die Zigarettenbetriebe ausgenommen hatten, wurden beschäftigt bei der

Firma Malzmann 130 Zigarettenarbeiter
Delta 450
in der Heimarbeit. Jetzt werden in beiden Betrieben keine Heimarbeiter mehr beschäftigt. Die bei diesen Firmen in der Fabrik beschäftigten Zigarettenarbeiterinnen sind ebenfalls an Zahl zurückgegangen. Noch viel einschneidender spielt sich der gekennzeichnete Vorgang bei der Firma C. F. Klein u. Sohn ab. Hier betrug die Zahl der Zigarettenarbeiterinnen in der

Table with 3 columns: Firm name, 1918, 1916. Includes Hauptfabrik, Filiale Blasewitzerstraße, Conradstraße, Dornblüthstraße, Ratharinenstraße, Althenberg i. G., Brand-Erbisdorf, Cunerzdorf, Salzbrücke.

insgesamt 1890 252

Die Zahl der Handarbeiterinnen nimmt bei dieser Firma noch weiter tagtäglich ab. Allein bei diesen vorgenannten Firmen beträgt demnach die Zahl der aus ihrem Beruf gebrängten Arbeiterinnen rund 2000, und das in einem Zeitraum von kaum 2 Jahren.

Der Weg ist frei.

Der mazedonische Tabak ist für unsere Zigarettenfabrikation eigentlich unentbehrlich. Schon die vorigen beiden Balkankriege haben den Tabakbau in Mazedonien, wie wohl auch in Kleinasien, stark beeinträchtigt.

Von den Tabakarbeitern in Havana.

Die „Vereinigten Tabak-Zeitungen“ bringen in Nr. 87 eine Klauerei über die kubanische Tabakindustrie. Ueber die Tabakarbeiter und ihre Verhältnisse wird gesagt: „Es gibt hier, wie in allen erdflächigen Faktoren, gar keine Maschine, alles ist Handarbeit und jede Zigarre ist in ihrer Art ein kleines Kunstwerk.“

Ich besuchte dann noch die größte kubanische Zigarettenfabrik, die hauptsächlich die Abfallstoffe der Zigarettenfabrikation verarbeitet und es zu der ungeheuren Tagesproduktion von 6 Millionen Zigaretten bringt.

worben, mit so fabelhafter Geschwindigkeit arbeitet, daß sie eine Art Gehenswürdigkeit bildet; ohne zu zählen, greift sie mit der linken Hand aus dem Haufen immer genau 16 Zigaretten, der Inhalt eines Päckchens, heraus, während die Rechte im Nu das Einwicklungspapier darumschlägt.

Protest amerikanischer Tabakpflanzler.

Aus Amsterdam wird gemeldet: 49 Tabakpflanzler aus den Staaten Virginia und Tennessee stellten dem Staatssekretär Lansing einen Besuch ab und ersuchten ihn, an England das Verlangen zu stellen, die Tabaksendungen aus Amerika nach den neutralen Staaten nicht zu belästigen.

Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft.

In nicht weniger als fünf Tagungen ist kürzlich zur Frage der Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft Stellung genommen worden. Zunächst wurde im Preussischen Abgeordnetenhaus eine Gesellschaft für Bevölkerungspolitik gegründet, dann hielt die Zentrale für Volkswohlfahrt eine mehrere Tage umfassende Versammlung im Reichstagsgebäude ab.

Auf den ersten Blick erscheint eine Stellungnahme zu einer Frage von so vielen Seiten etwas reichlich zu sein. Das große Interesse erklärt sich nur aus den gegenwärtigen Zuständen, durch die ungeheuer viel gesunde Volkskraft auf den Schlachtfeldern vernichtet und durch die wirtschaftliche Lage breiter Massen infolge vieler Umstände, nicht zuletzt durch die große Teuerung und dem Mangel an wichtigen Nahrungsmitteln, stark geschwächt wird.

Das sind alles Forderungen, die die Arbeiterorganisationen seit Jahren erheben und deren Durchführung vielfach verhindert worden ist durch das Verhalten der bürgerlichen Parteien. Noch bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung wurden die Arbeitervertreter im Stich gelassen mit ihrem Verlangen auf Ausdehnung der Wochenhilfe, weil der Vertreter der Regierung erklärte, daß an dieser Frage das ganze Gesetz eventuell scheitern könnte.

Ein besserer Mutterchutz könnte die Säuglingssterblichkeit erheblich einschränken, namentlich wenn er ergänzt würde durch geeignete Kinderfürsorge und durch greifenden Arbeiterchutz. In den letzten Jahren starben in Deutschland durchschnittlich 300 000 Säuglinge im Alter bis zu einem Jahre. Ein erheblicher Prozentsatz dieser Kinder wäre sicher am Leben geblieben, wenn den Müttern während der Zeit der Schwangerschaft, bei der Entbindung und im Wochenbett und den Kindern nach der Geburt geeigneter Schutz und ausreichende Ernährung und Pflege hätte gegeben werden können.

Ausbau des Arbeiterschutzes im Sinne der von der Arbeiterchaft stets erhobenen Forderungen könnte also ganz erheblich zur Erhaltung und Mehrung der Volkskraft beitragen. Er ist deshalb für diese Frage so wichtig, weil die arbeitende Bevölkerung reichlich drei Viertel der Gesamtbevölkerung ausmacht.

Insofern ist wohl die in der Versammlung der Frauenvereine zum Ausdruck gebrachte Ansicht nicht ganz zutreffend, daß in der Versammlung im Reichstage eine Ueberschätzung der äußeren Mittel zutage getreten ist.

Solange Frauen in zehnstündiger Arbeitszeit sich abrackern müssen, ohne genügend zu verdienen und daneber noch Wirtschaft und Kinder zu versorgen haben — selbst schwangere Frauen — und solange Frauen gleich nach der Entbindung wieder arbeiten müssen, wird der Wille zur Mutterchaft in der arbeitenden Bevölkerung nicht allzu stark vorhanden sein können, und nur Bevölkerungskreisen in kulturell zurückgebliebenen Gegenden und Leuten ohne viel Verantwortlichkeitsgefühl wird Frau Vopelius die Wasserbütte zu empfehlen Veranlassung haben.

Deshalb sind und bleiben Ausbau des Arbeiterschutzes und Ausdehnung des Mutterchutzes, der Kinderfürsorge, Schulpeinungen, Wohnungshygiene und andere sozialpolitische Maßnahmen wichtige Voraussetzungen für eine gesunde Bevölkerungspolitik. Bis zu ihrer Verwirklichung werden in Arbeiterkreisen Bestrebungen wenig Erfolg haben, die stärkeren Willen zur Mutterchaft erreichen wollen.

In der jetzigen Zeit und in den ersten Jahren nach dem Kriege wird übrigens ganz besonderer Wert auf Gesunderhaltung der Kinder gelegt werden müssen, weil die Kriegsfolgen den Willen zur Mutterchaft in weiten Kreisen — nicht nur in der Arbeiterklasse — stark beeinträchtigt haben. Viele Frauen fürchten sich, in Rücksicht auf die unmittelbaren Kriegsfolgen, Kinder, vor allen Dingen Söhne, zur Welt zu bringen.

Diese Kriegswirkungen werden allerdings mit den Jahren weniger in Erscheinung treten. Jetzt und für die nächste Zeit üben sie zweifellos großen Einfluß aus. Um den Willen, Kinder zur Welt zu bringen, in der Bevölkerung und vor allen Dingen in ihrer zahlreichsten Schicht, der Arbeiterchaft, zu fördern, ist Sicherstellung der Glieder dieser Bevölkerung erste Vorbedingung.

Gestorben:

- Gefallen am 7. Mai in den Karpathen der Zigarrenarbeiter Paul Gierke aus Neusalz, 23 Jahre alt (Zahlstelle Neusalz a. D.).
Gefallen am 22. Oktober im Westen der Zigarrenarbeiter Karl Eggert aus Gatersleben, 27 Jahre alt (Zahlstelle Frankenburg).
Gefallen im Oktober der Sortierer S. Metzger aus Schermbach, 21 Jahre alt (Zahlstelle Schermbach).
Gefallen in Frankreich der Zigarrenarbeiter Peter Stephan, 25 Jahre alt (Zahlstelle Reilingen).
Gefallen in Rußland der Zigarrenarbeiter Friedrich Zahn, 21 Jahre alt (Zahlstelle Reilingen).
Gefallen in Rußland der Zigarrenarbeiter Karl Lippmann aus Kleinwaltersdorf, 23 Jahre alt (Zahlstelle Freiberg i. S.).
Gefallen ist der Zigarrenarbeiter Alfred Drescher aus Pottschappel, 20 Jahre alt (Zahlstelle Dresden).
Gefallen ist der Tabakarbeiter Karl Wott aus Dresden, 51 Jahre alt (Zahlstelle Dresden).
Gefallen ist der Zigarrenarbeiter Oskar Reimann aus Gleisnitz, 29 Jahre alt (Zahlstelle Dresden).
Gefallen ist der Zigarrenarbeiter Emil Weigand aus Döbra, 51 Jahre alt (Zahlstelle Dresden).
Am 5. Oktober starb zu Bremen der Rollenmacher Franz Ruhe aus Nordhausen, 38 Jahre alt.
Gestorben am 9. November zu Dresden die Zigarettenarbeiterin Selma Fischer aus Liebenwerda, 52 Jahre alt.
Gestorben am 24. Oktober zu Großenhain der Zigarrenarbeiter Wilhelm Fahr aus Jafrow, 37 Jahre alt.
Gestorben am 30. Oktober zu Walbheim Aurelie Gebhardt aus Geringswalde, 68 Jahre alt.
Gestorben am 2. November zu Reuentkirchen bei Relle Marie Winker geb. Hiermann, aus St. Annen.
Gestorben am 6. November zu Eilenburg Theresie Opitz aus Sträfsendorf, 66 Jahre alt.
Gestorben am 5. November zu Riesa der Zigarrenarbeiter Karl Treibvogt aus Rheba, 38 Jahre alt.
Gestorben zu Alt-Heikendorf b. Riel der Zigarrenarbeiter Georg Reßler aus Altona, 26 Jahre alt (Zahlstelle Hamburg-Altona).

Ehre ihrem Andenken!

Die ein Erkenntnis des ökonomischen Wertes einer wachsenden Bevölkerungsziffer ermöglicht, wird dann ein Erhalten und Mehr der Volkskraft zu erreichen sein, an dem alle Bevölkerungskreise interessiert sind.

Verbandsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telefon Nr. 6046.
Bureauzeit von 9 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Aufschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstr. 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Geld-, Einschreib- und Wertsendungen nur an **W. Niederwelling, Bremen, Faulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32.** — Dankkonto, bei der Bankabteilung der Groß-einkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. B. V. in Hamburg, Postfachkonto Nr. 5349 beim Postfachamt in Hamburg.

Für die Expedition bestimmte Aufschriften sind an **Joß. Krohn, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32,** zu adressieren.

Für die Redaktion bestimmte Aufschriften sind an **Gustav Niendorf, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32,** zu adressieren.

Für den Ausschuss bestimmte Aufschriften sind an **Emil Otten, Altona-Ottensen, Friedensallee 46, I,** zu adressieren.

Bekanntmachungen.

Von Hannover.

Nachdem Gauleiter Heinrich Borag zum Seeresidenten eingesetzt ist, hat die Verbandsleitung mit der Erlaubnis der Gau-geschäfte die Gauleiter **D. Wiesen-Erfurt, Fülowstr. 3, II,** und **Rudolf Hadelberg, Hamburg-Altona, Hof-ländische Reihe 16, I,** übertragen.

Die nachfolgenden Zahlstellen: **Aischerleben, Vernburg, Burg, Calbe, Cöthen, Dessau, Erleben-Altleben, Gerrode, Halberstadt, Magdeburg, Oranienbaum, Schönhausen, Stendal, Tangermünde, Wernigerode** und Herbst sind dem Kollegen **Wiesen-Erfurt** unterstellt.

Die nachfolgenden Zahlstellen: **Bovenden, Braunschweig, Celle, Einbe, Freben, Gandersheim, Goslar, Großheere, Groß-Ähden, Hannover, Helmershausen, Helmstedt, Herzberg, Hildesheim, Moringen, Mühlhof, Northem, Osterode, Seesen, Stadtoldendorf,**

Uslar und Wolfenbüttel sind dem Kollegen **Hadelberg-Hamburg-Altona** unterstellt worden.

Die Verwaltungen vorstehender Zahlstellen wollen sich nunmehr in allen Angelegenheiten der Gau-geschäfte an die für sie bezeichneten Gauleiter wenden.

Gauleiter-Adresse:

Von **Heidelberg:** Gauleiter **Ludwig Klein** wohnt Heidelberg, Hauptstraße 45.

Als verloren gemeldet wurde: Von **Frankenberg i. S.** das Mitgliedsbuch S. II 8330, lautend auf **Fanny Ulrich** aus **Nichtenan,** geb. 5. 6. 91, eintr. am 28. 4. 1910. Nr. 3 (S. 580, 3. 15.). Das Buch ist im Vorzeigungsverfahren einzugehen und an den Vorstand einzuliefern.

Folgende Gelder sind bei mir eingegangen (R. = Verbandsbeiträge):

25. Oktober: Dresden R. 200,—, 29. Blasheim R. 51,50, 30. Chemnitz R. 100,—, Berlin R. 800,—, Habbenhausen R. 4,98, 31. Vernburg 140,—, Schrambed R. 300,—, Brake in Lippe R. 50,—, Herford R. 75,—, Nebra R. 150,—, Lungenau R. 150,—, Freiberg R. 300,—, Detinghausen R. 45,—, 1. Nov. e. m. h. er: Gildhausen R. 70,—, Schötmars R. 60,—, Achim R. 150,—, Klein-Kirchentalde R. 100,—, Mühlchen R. 40,—, Zeitz R. 40,—, Danzig R. 300,—, Bretzig R. 60,—, Greiz R. 25,—, Gibau R. 10,—, Sodenheim R. 5,02, 2. Wajungen R. 120,—, Hamburg R. 100,—, Minden R. 100,—, Oranienbaum R. 160,—, Freben R. 30,—, Zehdenid R. 10,—, Altenburg R. 150,—, Deberan R. 100,—, Schöned R. 100,—, 3. Bremen R. 200,—, Frankfurt a. M. R. 100,—, Posen R. 26,18, Krogenburg R. 150,—, Rauen R. 50,—, Warendorf R. 60,—, Berlin R. 14,04, 4. Niederbelfen R. 30,—, Sahlén R. 50,—, Cönnern R. 40,88, Reilingen R. 50,—, Bremen, den 8. Nov. 1915. W. Niederwelling.

Abrechnungen des 3. Quartals gingen ein in der Zeit vom 3. bis 9. November aus dem:

1. Gau, Hamburg: Daffow; 2. Gau, Hannover: Großheere, Freben, Uslar; 3. Gau, Nordhausen: Lützenhämern; 4. Gau, Herford: Warendorf, Preuß.-Dödenort, Senzinghausen, Lage; 5. Gau, Osterode: Elgersweier; 6. Gau, Harz: Heidenheim; 7. Gau, Erfurt: Greiz, Wajungen, Könnern, Meuselwitz; 8. Gau, Dresden: Bretzig, Deberan; 9. Gau, Breslau: Glatz, Trebnitz, Strehlen, Langenbielau; 10. Gau, Berlin: Cüstrin, Zehdenid, Danzig.

Adressen-Änderungen.

Langenselbold (5): Georg Fischer, Friedrichstr. 7.
Schönlante (12): 2. Beh. Hugo Mielke, Gartenstr. 11.
Oberode (3): 1. Beh. Friedr. Gerstenberg.

Elgersweier (7): Alle Aufschriften sind an den 1. Beh. Wb. Göttinger zu richten.

Spardow (4): Alle Aufschriften sind an den 1. Beh. Wilhelm Nettingsmeier zu richten.

Grimma (10): Alle Aufschriften sind an Max Gehlmann, Schulstraße 50, I, zu senden.

Hirschberg (1): 1. Beh. Heinr. Mohaupt, Schützenstr. 30.

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Mehrere Zigarrenmacher auf Form; Lohn 10 bis 15 M bei freier Zuzahlung, und 10 Prozent Leistungszulage. Kost und Wohnung 10 M. Nachfragen: Gauarbeitsnachweis Hamburg, Gottlieb-Platz, Hamburg-Altona, Delferstraße 1.

Der Verbandsvorstand.

Konferenz für Niederrhein und westliches Westfalen.

Am Sonntag, d. 14. November, nachm. 3 Uhr, findet in Grevel, in der Reichshalle, Ecke Westwall und Kurzstraße, eine Konferenz der Tabakarbeiter des Niederrheins und des westlichen Westfalens statt.



Eckstein
Zigaretten
Einzig in Qualität
Trusffrei
A-MECKSTEIN & SÖHNE, DRESDEN

Carl Roland, Berlin SO

Kottbuserstrasse 4
Sumatra-Tabake
pr. Pfd. 2.—, 3.20, 3.50, 4.—, 5.50 M.
Vorsteinalden-Decken
pr. Pfd. 2.70, 3.60 M.
Java-Umblatt
pr. Pfd. 1.70, 1.80, 1.90, 2.— M.
Brasil Ia, pr. Pfd. 2.—, 2.40 M.
Havana Ia pr. Pfd. 4.— M.
Mexiko-Decke 5.— M.

Achtung! Kohlabak!

Hengfloss & Maak
Altona-Ottensen
Filiale: **Berlin N,**
Brunnenstrasse 25.

Jacob Hirsch jr.

Mannheim B 1, 9. [10
Alle Sorten in- u. ausländischer Tabake zu billigsten Tagespreisen, inkl. Zoll- u. Wertsteuer. Post-Versand per Nachnahme. Ziel nach Ueberreinkunft.

Weihnachtskisten

in eleganter Ausführung, in jeder Größe, sofort lieferbar
L. Cohn & Co., Berlin
Brunnenstraße 24.

Leon Weil, Speyer

Begr. 1852 **Rehtabake** Fernr. 118
Direktor **Ginkant**
Größte Leistungsfähigkeit.
Nr. 769 Sumatra-Deck P.v.I.I.A.
reifes 2er Vollblatt, leichte gute Farben 3.30
Nr. 617 Sumatra-Deck, edelhell, sandblattartig, Qualitätsstabak 3.30
Nr. 305 Vorsteinalden-Deck 1er Vollblatt, jahler Sinteroller, besser Qualität 3.—
Sumatra-Umblatt, reif u. flottbrennendes 4er u. 3er Vollbl. 2.20
Sumatra-Umblatt mit Deck, feine Marke, 2er Vollblatt 2.40
Nippenabnahme zum Tagespreise

Kein
Tabakarbeiter
darf mehr
unorganisiert sein!

Drucksachen liefert schnell und billigst
S. H. Schmalfeldt & Co.
Bremen.



GARBÁTY
CIGARETTEN
GARBÁTY-ROSENTHAL, CIGARETTENFABRIK GARBÁTY, BERLIN-DANKOW
AKT. SABA FLAGGENGALA ETC
DEUTSCHES FABRIKAT
TRUSFFREI

Soeben neu erschienen

Modellbogen 209 für gebrauchte Wickelformen

Größtes Wickelformenlager Deutschlands

JEDES FACON NEU UND GEBRAUCHT STETS AM LAGER

L. COHN & CO.
BERLIN N., BRUNNENSTRASSE NO 24.

Verlangen Sie sofort kostenlos

Unsere Haupt-Preiskisten: Modellbogen, Zigarrenband, Zigarrenring, Papier, Tragenth, Muster etc.

Rohtabak-Katalog November 1915 soeben erschienen!

Verlangen Sie in Ihrem eigenen Interesse sofortige Zusendung!

1113 Packen Sumatra u. Java in 4 geschlossenen Partien betragen meine Einkäufe im September dieses Jahres

2542 . Sumatra u. Java in 12 geschlossenen Partien kaufte ich in den vorhergehenden Einschreibungen

3655 Packen Sumatra u. Java habe ich direkt in den Einschreibungen eingekauft.

Gebrauchte Wickelformen grösste Auswahl in allen erdenklichen Fassons zu billigen Preisen. :: Fordern Sie Zusendung der Musterbogen.

Heinrich Franck, Berlin N 54

Rohtabakhandlung Brunnenstrasse 22 Wickelformen neu und ge...ucht

Verantwortl. Redakteur: G. Niebner. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, E. Deichmann. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt J. & S. Schmalfeldt & Co., sämtlich in Bremen.